

# „Es braucht eine Krise – so ist die EU“

**EU-Gipfel.** Die Bedrohung durch Corona mobilisiert in der EU „ungeahnte Kräfte“, meint Philosoph van Middelaaar

**K** Interview

AUS BRÜSSEL  
INGRID STEINER-GASHI

Beim EU-Gipfel ist heute, Freitag, alles eine Premiere: Nie zuvor haben die 27 EU-Staats- und Regierungschefs über gewaltigere Geldsummen verhandelt. Nie zuvor hat sich die EU so hoch gemeinsam verschuldet. Kurz: Nie zuvor griff die EU zu solch radikalen, noch auszuhandelnden Maßnahmen. Ohne die Corona-Krise wäre all dies undenkbar gewesen, meint der niederländische Philosoph und Historiker **Luuk van Middelaaar**.

Der in Westeuropa prominente politische Kommentator kennt die EU-Maschinerie bestens von innen: Er war Redenschreiber und enger Berater des früheren EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy.

**KURIER:** Braucht es in der EU immer eine Krise, damit sich Dinge bewegen?

**Luuk van Middelaaar:** Ja, wir brauchen eine Krise. Das ist nicht smart, aber so arbeitet die EU. Nur wenn ihre Grenzen ausgelotet werden, wenn das Gefühl vorherrscht, sie könnte kollabieren, dann handelt die Europäische Union. Dann werden unerwartete Energien und Kräfte des Zusammenhalts mobilisiert. Inklusiv jener zwischen Frankreich und Deutschland, zusammen voranzugehen. Der entscheidende Moment im Krisenmanagement der vergangenen Monate war der Merkel-Macron-Vorschlag, sich für die Aufnahme von 500 Milliarden Euro für Zuschüsse gemeinsam zu verschulden.



LUUK VAN MIDDELAAR/PAUL ELLINGA

„Politik und Drama sind sehr europäisch“:  
Luuk van Middelaaar, 47

Damit haben „vier sparsame“ Länder, darunter Österreich und die Niederlande, aber so ihre Probleme.

Bisher war Deutschland der große „sparsame“ Bruder. Die Niederländer fühlen sich jetzt von Deutschland verlassen. Aus zwei Gründen hat Kanzlerin Merkel so gehandelt: Zum einen klingen die bisherigen Argumente von „Disziplin und Eigenverantwortung“ nicht mehr richtig, wie sie Nordeuropa bisher gegen die südlichen Argumente der „Solidarität“ ins Spiel gebracht hat. Jetzt war es eine Frage von Leben und Tod, über 100.000 Menschen starben. In der Corona-Krise ist klar, dass das Solidaritätsargument viel stärker geworden ist. Merkel hat das sehr gut verstanden. Die Niederlande verstehen es nicht. Die Deutschen spüren in den Stunden der Krise eine historische Verantwortung für Europa und für Friedensstabilität, was in kleineren Staaten nicht so wertgeschätzt wird.

**Warum verstehen wir Österreicher und Niederländer nicht, was Merkel versteht?**

Kleinere Mitgliedsstaaten fühlen weniger Verantwortungsbewusstsein für die Europäische Union. Es ist wie in einer Gruppe: Bei Problemen schaut man immer zuerst auf die Starken. Was werden sie machen? Wenn du schwächer bist, wartest du ab und schaut erst mal, was passiert. Ich möchte nicht Österreich interpretieren. Aber die Niederländer verfolgen vor allem eine finanzielle Perspektive auf die EU. Sie sehen die EU überwiegend als einen Markt an. Das ist auch historisch bedingt, wir sind eine Handelsnation. Dazu schauen sie mehr auf die Kostenseite – was zahlen sie ein ins EU-Budget? – aber sie realisieren nicht, was sie für ihre eigene Wirtschaft oder die Beschäftigung gewinnen.

**Wird der niederländische Premier bei einem Nein zum Wiederaufbaufonds bleiben?**  
Ich schließe nicht aus, dass



Premier Rutte zumindest bei diesem Gipfel bei seinem Nein bleibt. Aber alle EU-Staaten haben ein Veto-Recht, und alle nationalen Parlamente müssen auch noch zustimmen. Es wird also für jeden Premierminister schwer, sein eigenes Parlament zu überzeugen, dass es ein guter Deal ist.

**Die „Sparsamen“ pochen auf Bedingungen, wofür die Milliarden ausgegeben werden – unter anderem das Einhalten der Rechtsstaatlichkeit. Lässt sich das durchsetzen? Wird Ungarn weniger Geld erhalten?**

Das ist ein schwieriges Werkzeug, aber es wäre ein Fehler, es nicht auf diesem Weg zu versuchen. Weil sonst viel europäisches Geld direkt und ohne jegliche Kontrolle an die Freunde von Herrn Orbán gehen würde. Mit EU-Budgetgeldern haben wir schon Orbáns Griff zur Macht finanziert. Ungarn verabschiedet sich langsam immer mehr vom Funktionieren einer liberalen Demokratie. Die EU als Organisation weiß

nicht recht, was sie dagegen halten kann. Deswegen kann sie es mit dem Zurückhalten von Geld versuchen.

**Wird diese Krise die EU letztendlich widerstandsfähiger machen?**

Warum nicht? Man muss allerdings unterscheiden: Zwischen der politischen Maschinerie, die nach jeder Krise stärker wird, weil die EU neue Institutionen schafft. So wurde in der Eurokrise etwa der ESM geschaffen, und so wurde die EU robuster. Aber die öffentliche Meinung kann in eine andere Richtung gehen. Krisen schaffen auch Wunden, Enttäuschung, Widerstand, sie können Differenzen vertiefen zwischen Nord und Süd und Ost und West. Und das stärkt Europa nicht.

Konflikt und Drama, das werden wir auch jetzt beim Gipfel sehen, das ist sehr europäisch. Und davor muss man sich nicht fürchten. Ohne Konflikte keine Politik.

\*\*\*  
Die Langversion des Interviews lesen Sie auf [kurier.at](http://kurier.at)

## Verhandelt wird über rund 1.800 Mrd. Euro

**EU-Sondergipfel.** Fünf Monate sind vergangen, seit die 27 EU-Staats- und Regierungschefs zuletzt am runden Verhandlungstisch in Brüssels Ratsgebäude zusammensaßen. Wenn sie heute erstmals wieder hier Platz nehmen, ist die Welt eine andere. Die Corona-Krise stürzte Europas Wirtschaft in die größte Rezession in der Geschichte der EU. Entsprechend groß werden nun die Rettungsmaßnahmen angelegt, um die EU-Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen.

Zum einen geht es um einen Wiederaufbaufonds mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon sollen laut Plan als nicht rückzahlbare Zuschüsse an die am schwersten betroffenen Länder vergeben werden – also an Italien und Spanien. 250 Mrd. Euro

wären als Kredite vorgesehen. Zum anderen wird auch über das siebenjährige EU-Budget verhandelt. Jüngster Vorschlag von EU-Ratspräsident Charles Michel: Das Volumen soll 1.074 Milliarden Euro betragen.

Die Chancen, dass es bei diesem Gipfel zu einer Einigung kommt, sind gering. Ein zweiter Gipfel könnte Ende Juli oder Anfang August stattfinden.

### Österreich-Rabatte

Aus Sicht der Regierung in Wien ist alles zu hoch angesetzt: zu viele Zuschüsse und zu wenige Kredite im Wiederaufbaufonds. Auch das Volumen des EU-Budgets möchte Wien noch ein wenig senken. Was hingegen schon sicher ist: Österreich wird seine Rabatte bei den jährlichen Beitragszahlungen ins EU-Budget behalten.

## Einbruch bei Umfragen: Trumps Wahlkampf gerät gefährlich ins Schlingern

Wahlkampfmanager degradiert. Präsident setzt auf politische Härte und bedient mit Attacken gegen „radikale Linke“ loyale Basis

**Sorge um Hochburgen.** Texas ist der zweitgrößte Bundesstaat der USA, in den Schlachtplänen der Wahlkampfmanager aber spielt es kaum eine Rolle. Seit Jahrzehnten Hochburg der Republikaner, liefert es für deren Präsidentschaftskandidaten verlässliche Mehrheiten, ohne sich dort auch nur blicken zu lassen.

Umso bemerkenswerter, dass Donald Trump schon jetzt, vier Monate vor der Wahl, mit großem Getöse nach Texas reist, um sich dort Fans, aber auch Geldgeber zu präsentieren.

Ein Blick auf die jüngsten Umfragedaten macht deutlich, warum. Trump ist nicht nur in US-weiten Umfragen

weit hinter seinen demokratischen Herausforderer Joe Biden zurückgefallen, auch in Texas liegt er durchschnittlich fünf Prozent hinter dem ehemaligen Vizepräsidenten. Ähnlich sieht es in anderen traditionell republikanischen Bundesstaaten wie Kansas oder Montana aus.

### Vertrauen verloren

Dazu kommt, dass Trump in Kernfragen das Vertrauen der Wähler verliert. Wirtschaftskompetenz, das ist traditionell die Stärke republikanischer Kandidaten, und gerade Trump hatte geplant, seinen Wahlkampf mit dem wirtschaftlichen Boom der vergangenen Jahre zu bestreiten. Der ist mit der Eskala-



Überraschender Trip nach Texas: Trump ist dort im Hintertreffen

lation der Pandemie längst dahin – und mit ihm auch das Vertrauen der Wähler in die Fähigkeiten des Präsidenten.

Derzeit trauen mehr Wähler Biden zu, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen als Trump. Da helfen auch die

jüngsten Warnungen von Vizepräsident Mike Pence vor dramatischen Steuererhöhungen und einer „Zerstörung der Wirtschaft“ durch einen Demokraten im Weißen Haus nichts.

### Lieber einen Jasager

Wie angespannt die Stimmung in Trumps Wahlkampfteam ist, zeigt auch die jüngste Personalrochade. Wahlkampfmanager Brad Parscale wurde degradiert. Insider aus dem Team erzählen US-Medien, dass Parscale sich zu sehr in den Vordergrund gespielt und zu eigenständig agiert habe. Sein bisheriger Stellvertreter, Bill Stepien, übernimmt. Er gilt als treuer Pflichterfüller, der dem Präsi-

denten nicht im Wege steht. Trump gilt seit dem Wahlkampf 2016 ohnehin als sein eigener Wahlkampfmanager. Wirklich Einfluss auf ihn soll auch in Wahlkampf-Angelegenheiten nur Schwiegervater Jared Kushner haben.

In die Enge getrieben, scheint Trump entschlossen, wie schon 2016 vor allem auf die eigene Basis zu setzen – und die schätzen Trump vor allem wegen seiner heftigen Attacken gegen „radikale Linke“ und das Versprechen, hart gegen diesen „gesetzlosen Mob“ durchzugreifen. „Er will dorthin zurück, womit er punktet“, meint ein Berater gegenüber Reuters: „Recht und Gesetz und Amerika zuerst.“

KONRAD KRAMAR